

**Ansprache Beauftragter der Bundesregierung für
Menschenrechtspolitik und
Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt,
Günther Nooke,
zur Konferenz der Vorsitzenden der Parlaments-Ausschüsse
für Menschenrechte in der EU,
am 15.06.2007**

Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren und Vorsitzende der Menschenrechtsausschüsse. Ich bedanke mich, dass ich hier die Möglichkeit habe, Ihnen zu zwei Dingen ganz kurz etwas zu sagen. Ich möchte Sie auch als Berliner ganz herzlich in Berlin begrüßen, weil es ganz gut ist, wenn man über Menschenrechte redet, auch daran zu denken, wo wir alle her kommen. Diese Stadt, von der eine Schreckensherrschaft des vergangenen Jahrhunderts ausging, war auch nach 1945 durch einen Todesstreifen und Menschenrechtsverletzungen in der ehemaligen DDR geprägt. Das ist etwas, was wir nicht vergessen dürfen. Auch das gehört zu unserer Geschichte. Wenn Berlin heute für viele als die kreativste Stadt in Europa, vielleicht sogar in der Welt, erscheint und viele Künstler hier gerne leben würden, dann ist das auch eine Entwicklung zu einer „Stadt der Freiheit“ die nicht selbstverständlich ist. Insofern ist es wichtig, daran zu erinnern, dass wir unsere eigene Geschichte beim Reden über Menschenrechte und auch über das, was in Europa an Werteverständnis entstanden ist, mit berücksichtigen.

Zuerst möchte ich etwas zum Menschenrechtsrat sagen, von dem ich gerade aus Genf komme, und danach etwas allgemeines, was aus dem Verständnis, das wir haben, erfolgt. Ich glaube, dass die jetzige Situation im Menschenrechtsrat davon geprägt ist, dass es in die Endphase der Verhandlungen eines Gesamtpaketes des Präsidenten aus Mexiko, De Alba, geht. Er hat ein neues Papier vorgelegt, das nicht wesentlich von dem abwich, was schon am 4. Juni 2007 von ihm vorgelegt wurde. Wir sind mit dem Inhalt insbesondere mit dem Teil des „Periodic Reviews“ relativ einverstanden. Es gibt immer noch das Problem, dass nicht ganz klar ist, zu welchem Zeitpunkt der Entwicklungsstand, also die Berücksichtigung der konkreten Situation in einem Land, einfließen soll. Aus meiner Sicht muss das im Abschlussdokument bei den Empfehlungen sein und nicht bei der Erfassung der Fakten. Ansonsten ist – so glaube ich – in diesem Bereich mehr erreicht worden, als wir anfangs dachten. Wir haben generell auch in anderen Bereichen ein Paket vorliegen, was nicht unse-

ren Wünschen entspricht, aber was doch bis jetzt noch als Erfolg gelten kann. Das heißt aber, es muss noch ein Stück weit verteidigt werden und an anderer Stelle mit zusätzlichen Forderungen von uns versehen werden.

Ich will einen zweiten Punkt nennen, das ist insbesondere die noch nicht geklärte Agenda. Diese ist für uns nicht befriedigend, aber es gibt zurzeit keinen wirklichen Vorschlag des Präsidenten. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass der Menschenrechtsrat bisher das einzige ist, was von der Idee Kofi Annans umgesetzt wurde. Wenn jedes Mal auf dem obersten Level der regulären Sitzungsagenda beispielsweise das Recht auf Entwicklung oder die Frage der besetzten palästinensischen Gebiete stehen, aber man nicht auf dem gleichen oberen Level über konkrete Menschenrechtsverletzungen in speziellen Ländern reden darf, also keine „Urgent Human Rights Situations“ dort enthalten sind, dann kann man dieses neue Gremium der UN auch nicht Menschenrechtsrat nennen. Ich glaube, dass wir uns hier, und das ist besonders auch für Parlamentarier wichtig, bewusst sein müssen, dass von diesen 47 Staaten in den Vereinten Nationen die Mehrheit nicht unsere Auffassung von Menschenrechten vertritt. Wir sprechen von der Universalität der Menschenrechte, aber wir müssen anerkennen, dass auch im Menschenrechtsrat in Genf und nicht nur im Sicherheitsrat in New York, harte Machtpolitik abläuft und dass Regierungen natürlich ihre Macht und natürlich auch damit das, was sie im Inneren des Landes tun, gerne verteidigen und sich nicht so einfach von außen in Sachen Menschenrechte und Menschenrechtsverletzungen hineinreden lassen wollen.

Insofern wissen Sie auch, dass es in dem Gesamtpaket noch eine Diskussion über die Ländermandate geben wird. Es sieht so aus, dass Ländermandate bestehen bleiben, aber welche Ländermandate für wie lange bestehen bleiben und welche neuen überhaupt eine Chance haben, beschlossen zu werden, das hängt eben auch von der Mehrheit im Rat ab. Es ist nicht das Problem, ob die Instrumente noch vorhanden sind oder nicht, sondern dass wir nicht die Mehrheit haben, diese Instrumente an den richtigen Stellen kraftvoll anzusetzen. Es mangelt ja nicht an Mechanismen des Menschenrechtsschutzes in den internationalen Gremien der EU. Ich glaube, dass es alles in allem für uns bei diesen Verhandlungen darum gehen muss, dass wir einen doppelten Konsens im Rat anstreben. Denn, wenn man nicht die Mehrheit hat – und manchen mag das in den nationalen Parlamenten Ihres Landes auch so

gehen – dann können Sie aus der Opposition heraus nur viel Druck entwickeln und deutlich sagen, was mit Ihnen machbar ist und was nicht, aber Sie können am Ende die Abstimmungen nicht gewinnen.

Ein anderes Problem ist der Konsens innerhalb der EU-Staaten. Wir sind, wie Sie wissen, acht EU-Mitgliedstaaten im Menschenrechtsrat, ab 19. Juni 2007 sind es nur noch sieben. Trotzdem glaube ich, gerade durch die Erfahrungen, die ich in den fünf Sitzungen in Genf gemacht habe, dass es darauf ankommt, dass die EU hier zusammensteht und sagt, was geht und was nicht. Ich glaube, dass diese Strategie, nur über die Regionalgruppen Mehrheiten zu bilden, eine etwas zu freundliche Beschreibung der realen Möglichkeiten im Menschenrechtsrat ist und dass sich hier auch manche NGOs wohl geirrt haben, als sie uns aufforderten, dort freundlicher zu sein. Denn jetzt sind sie glücklich, dass wir so genau klarmachen, was geht und was nicht. Gerade das Gespräch vor einer Woche mit den NGOs hat deutlich gemacht, dass diese auf die EU setzen und froh sind, dass wir auch bereit sind ganz hart zu verhandeln. Das heißt natürlich auch, dass es nicht um jeden Preis ein Annehmen dieses Gesamtpaketes geben kann. Substanz muss im Zweifelsfall wichtiger sein als der Konsens.

Mir geht es darum, noch einmal darauf hinzuweisen, dass gerade auch die öffentlichen Debatten über Menschenrechte so geführt werden müssen, dass man versteht, was an komplizierten Vorgängen im Menschenrechtsrat in Genf passiert. Es ist eben nicht selbstverständlich, dass unsere Vorstellungen dort Mehrheitsmeinungen sind oder Mehrheiten finden. Es ist aus meiner Sicht auch ganz wesentlich, deutlich zu machen, dass die Vereinten Nationen natürlich eine Gemeinschaft von Staaten sind, die alle auch ein Souveränitätsrecht für sich beanspruchen, dass wir das grundsätzliche Problem der Menschenrechte und des Menschenrechtsschutzes in einem Staat und der Souveränität von Staaten natürlich berücksichtigen müssen. In den Debatten, die wir auch mit der Zivilgesellschaft führen, geht es oft darum, dass die UNO ein positiv besetztes Gremium ist, genauso wie Menschenrechte positiv belegt sind. Wenn dann im Menschenrechtsrat der UNO über Menschenrechte geredet wird, verstehen nur wenige Leute, warum zwei so positive Dinge zu unbefriedigenden Ergebnissen führen.

Ich denke, dass gerade diese Diskussionen in den nationalen Parlamenten und der Öffentlichkeit notwenig sind, damit wir noch intensiver für unser Verständnis und die allgemeine universelle Gültigkeit von Menschenrechten werben können. Gerade aus diesem Grund begrüße ich, dass hier die verschiedenen Ausschussvorsitzenden aus den EU-Ländern zusammen kommen und ein Netzwerk bilden wollen. Ich bin der Meinung, dass es notwendig ist, die Idee der Menschenrechte und das, was Präsident Dr. Lammert am Anfang sagte, dass wir erst einmal unsere eigenen Werte kennen müssen und selbst in der Lage und willens sein müssen, diese Werte zu verteidigen. Wenn es richtig ist, dass die Idee der Menschenrechte im Westen gewachsen ist, dann ist es unsere Aufgabe, darüber auch öffentlich zu streiten, warum wir meinen, dass sie trotzdem universell gültig sind, denn das ist nicht selbstverständlich.

Vielleicht ist es sogar eine interessante Frage, ob es nicht sogar wichtig ist, dass wir die eigenen kulturelle Bedingtheit unseres Werte- und Menschenrechtsverständnisses neu anerkennen und erkennen müssen, um auch den ernststen Willen anderer, nämlich Ihre Vorstellungen und das Selbstbestimmungsrecht, zu verstehen. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Dieser Satz beinhaltet zwei Probleme. Erstens lasse ich mich nicht gerne von Menschenrechtsverletzern und Politikern im Menschenrechtsrat über den Tisch ziehen, die dieses Argument der Kulturbezogenheit oder der eigenen Traditionen und Religion vorbringen, um einfach nur Menschenrechtsverletzungen gegen die eigenen Bevölkerung zu rechtfertigen. Zum zweiten bin ich auch nicht der Meinung, dass wir zu schnell über die Universalität und universelle Gültigkeit der Menschenrechte hier eine Diskussion anfangen müssen. Wir müssen uns aber eine andere Begründung überlegen, warum wir meinen, dass das für die ganze Welt immer noch richtig ist. Denn das, was am 10. Dezember 1948 nach der Katastrophe des 2. Weltkrieges und dem Holocaust einen Konsens gefunden hat in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dass würde heute nicht mehr so beschlossen werden. Damals gab es Afrika quasi nicht und das sind heute schon 13 Staaten von den 47, die im Menschenrechtsrat vertreten sind, die alle eine selbstbewusste Stimme erheben oder sich an den falschen Werten – aus unserer Sicht – orientieren.

Ich bin der Meinung, dass wir Unterschiede einerseits ernst nehmen müssen, andererseits aber auch selbstbewusster für unseren Ansatz kämpfen sollten. Weder ein

kooperativer Ansatz noch ein konfrontativer Ansatz allein wird ausreichen für eine mittel- und langfristige Strategie, um das zu verteidigen, was uns unverzichtbar ist. Es kann nicht nur darum gehen, Politik zu machen, sondern auch um den einzelnen Menschen. Menschenrechtspolitik ist nicht nur etwas, was Staaten formulieren, sondern was man auch aus der Perspektive des Betroffenen, der unter Menschenrechtsverletzungen leidet, sehen kann. Das alles darf meines Erachtens nicht zu dem schnellen Eingehen auf andere Vorstellungen führen, sondern zu einem stärkeren Verteidigen.